

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 72. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Treffen Medienberichte zu, nach denen ein Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof einen Antrag auf eine so genannte Online-Durchsuchung mit der Begründung abgelehnt hat, für eine solche Maßnahme fehle es an einer Rechtsgrundlage in der strafprozessordnung, und gibt es deshalb für den Einsatz der im Bundeshaushalt für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel keine Rechtsgrundlage (siehe u. a. taz vom 11. Dezember 2006)?

2. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wurde nach Kenntnis der Bundesregierung am Bundesgerichtshof oder an sonstigen gerichten jeweils über Online-Durchsuchungen entschieden (bitte Daten auflisten), und wann gab es zum ersten Mal Zweifel, ob diese Maßnahme rechtlich gestattet ist?

Berlin, den 12. Dezember 2006

